

**Stellungnahme vom 13. August 2020
Musikvideo auf WDR 2**

Der WDR-Rundfunkrat und sein zuständiger Programmausschuss haben sich in sehr ausführlichen Diskussionen mit dem umstrittenen Musikvideo „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“, gesungen vom WDR-Kinderchor, befasst. Sowohl in der Bewertung des Videos und seiner Einbettung bei WDR 2 wie auch in Bezug auf den Umgang mit dem Video im Nachgang (Löschung, Entschuldigung des Intendanten, Sondersendung auf WDR 2, interne und externe Kommunikation) gingen die Positionen zum Teil weit auseinander.

Einig ist sich der WDR-Rundfunkrat jedoch in folgenden Punkten:

- Die Kritik an dem Musikvideo von WDR 2 nehmen wir ernst. Wir sind uns jedoch auch der Tatsache bewusst, dass – neben den kritischen Eingaben, die uns aus der Mitte der Gesellschaft erreicht haben – dieses Musikvideo und die Kritik daran von rechtspopulistischer Seite gezielt instrumentalisiert wurde, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt zu diskreditieren, mit dem eigentlichen Ziel, den unabhängigen und pluralen öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzuschaffen. Davon lassen wir uns als Aufsichtsgremium, in dem die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind, nicht beeindrucken. Der Rundfunkrat steht uneingeschränkt zum Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und speziell des WDR, als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu dienen und damit das friedliche und gleichberechtigte Miteinander der Menschen unterschiedlicher Kulturen und Sprachen im Land zu fördern und diese Vielfalt in konstruktiver Form abzubilden.
- Kritik am Programm ist legitim und ausdrücklich gewünscht. Der kritische Diskurs der Nutzer*innen mit den Programmacher*innen ist für die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz von Journalismus insgesamt und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks insbesondere unerlässlich. Das gilt auch für eine Fehlerkultur innerhalb des WDR. Ein konstruktiver Umgang mit Fehlern trägt zur Glaubwürdigkeit des Systems bei. Fehler und/oder missglückte Beiträge stellen für den Rundfunkrat keinen Grund dar, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt in Frage zu stellen.
- Der Rundfunkrat steht uneingeschränkt zur Kunst-, Kultur- und Rundfunkfreiheit sowie zur Freiheit der Satire.
- Der Rundfunkrat betont, den WDR in seiner Rolle als vierte Gewalt zu unterstützen und stellt sich ausdrücklich hinter den Intendanten und die Beschäftigten des Senders. Freie und angestellte Mitarbeiter*innen müssen sich bei der Erfüllung ihres Auftrages des Rückhalts von Geschäftsleitung und Aufsichtsgremien sicher sein können.
- Der Rundfunkrat unterstützt den Intendanten, festen und freien Mitarbeiter*innen größtmöglichen Schutz zu gewähren, wenn sie als Folge ihrer journalistischen Tätigkeiten von Drohungen betroffen sind oder gar die Gefahr besteht, dass ihnen Gewalt angetan wird. Bedrohungen von und/oder tätliche Angriffe gegen Journalist*innen sind in einer freiheitlichen Demokratie inakzeptabel.

- Der Rundfunkrat begrüßt, dass die Geschäftsleitung des WDR in Konsequenz dieses Vorfalls ein umfassendes Konzept für den Umgang mit den sogenannten sozialen Medien erarbeitet, wie der Rundfunkrat es bereits in seiner Stellungnahme vom 5. Juli 2019 eingefordert hatte. Er erwartet, dass dieses zügig fertig gestellt wird. Das Konzept soll dazu dienen, die interne und äußere Kommunikation des Senders besser aufzustellen und besser zu koordinieren. Im Social-Media-Bereich sind schnelle Reaktionen des Senders zwingend erforderlich und werden von den Nutzer*innen auch erwartet. Für das Depublizieren von Inhalten und Beiträgen bedarf es klarer Regelungen für den gesamten WDR.
- Der Rundfunkrat hält es für notwendig, dass der WDR anlässlich der Entwicklungen rund um die Kontroverse des WDR 2-Musikvideos seine Krisenkommunikation bzw. sein Krisenmanagement überarbeitet. Er unterstützt dabei ausdrücklich die bereits eingerichteten Arbeitsgruppen, die ein übergreifendes Konzept entwickeln sollen, wie im Haus Strukturen, Abläufe und Schnittstellen verbessert werden können, mit dem Ziel, bei künftigen Krisen schnell, faktenbasiert und einheitlich zu agieren.
- Der Beschluss wird im Anschluss an die Sitzung vom 13. August 2020 auf der Internetseite des Gremiums unter wdr-rundfunkrat.de veröffentlicht.
